

habe, ein rosiges DDR-Bild besaß, in das Regimekritiker als »Querulanten« und »Quatschköpfe« nicht hineinpaßten. Und im übrigen sei er wohl mit einem Blindenhund durchs Land gegangen.

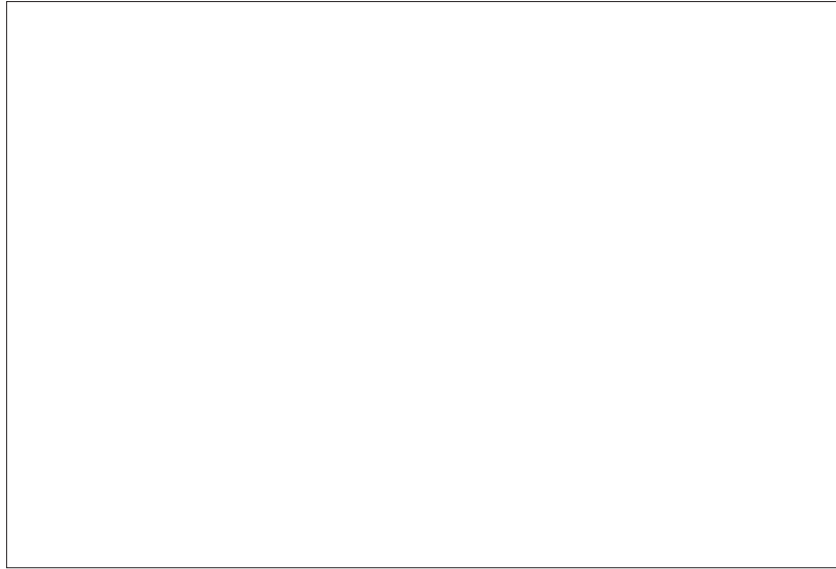
Das mit dem Blindenhund stimmt nun ganz und gar nicht, das kann die kleine Gemeinde der Gesprächsrunde in der Havemann-Schule bestätigen. So ist ihr u.a. berichtet worden, daß zum Amt des ersten Ständigen Vertreters auch eine Luxuslimusine »mit Stander« gehört hatte, in der man viel in der DDR herumgekommen sei, das rekonstruierte Schloß in Schmalkalden besucht habe und so manches schöne landschaftliche Fleckchen.

Den Darstellungen des »Stern« hatte Günter Gaus mit einem Artikel in der Nr.21 des »Freitag« entgegen. Das »ND« druckte ihn nach. Hier wird nun mancher Vorwurf mit sachlichen Erklärungen und Hintergründen relativiert. Da gab es beispielsweise 500 Bundesbürger, die in DDR-Gefängnissen einsaßen. Ihr Schicksal hing ab vom Klima der deutsch-deutschen Verständigung, dieses Klima durfte auf keinen Fall frostig werden. So war der Handlungsspielraum eines Ständigen Vertreters doch wohl eingeschränkt, mittels Geiseln, wie sich das für eine Diktatur gehört.

Übrigens hatte Wolfgang Ullmann, der prominente Bürgerrechtler, sich bereits früher als Gaus im »Freitag« kritisch zum »Stern«-Artikel geäußert. Er spricht von einer Stern-Stunde des Selbstenhüllungsjournalismus, von seinen freundschaftlichen Empfindungen für Günter Gaus, dem er zwar auch ein zu rosiges Bild vom Honecker-Staat zuschreibt, mit dem aber in jeder Hinsicht gut zu streiten sei.

Schade, daß speziell diese Erfahrung die Zuhörer an besagtem Abend nicht machen konnten. Hatte man doch erwartet, einem Manne zu begegnen, der sich immer wie-

der kritisch geprüft hat oder jetzt, nach Öffnung der Akten, seine Rolle etwas genauer sieht, der bereit ist, auch Schwächen und verschenkte Gelegenheiten einzugestehen und eine offensichtlich gewünschte Diskussion nicht unterbindet. So aber schmetterte er diesbezügliche Fragen



Günter Gaus und Manfred Stolpe im Französischen Dom, 1988

als unbotmäßige Majestätsbeleidigung ab. Die Schuljugend im Publikum hatte er billigerweise auf seiner Seite. Welcher Schüler freut sich nicht, wenn der Lehrer eins drauf kriegt.

Das Schlußwort der denkwürdigen Runde hatte ein schon etwas reiferer Zuhörer. Er bedankte sich für die Stunden, die ganz nach seinem Sinne veronnen waren, denn »wir wollen uns das Leben in der DDR nicht verunglimpfen lassen, nicht unseren Staat, den wir begeistert aufgebaut haben, als Unrechtsstaat hingestellt wissen«. Günter Gaus lächelte. Irgendwann hatte er bei dieser Veranstaltung einmal gesagt: »Hoffentlich erkennen Sie, wenn ich ironisch bin«. Bei Diplomaten, aktiven wie ausgemusterten, ist es besonders schwierig, Ironie festzumachen.

---

**Wolfgang Templin**

## **Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus - der aktuelle Konflikt**

Seit Mitte Juli 1995 wird die Berliner Gedenkbibliothek von einer neuen Konfliktwelle erschüttert. Mitglieder, Freunde, Förderer der Bibliothek und die aufgeschreckte Öffentlichkeit können sich nur schwer ein Bild der tatsächlichen Hintergründe machen, weil in der Unzahl vorliegender Stellungnahmen, Erklärungen, Gegenerklärungen, Behauptungen und Gerüchte nur Bruchstücke der tatsächlichen Auseinandersetzung und ihrer langen Vorgeschichte sichtbar werden.

Als ich im Januar 1995 die Wahl zum Vorstandsvorsitzenden des Fördervereins der Gedenkbibliothek annahm, war ich mir der großen Schwierigkeiten dieser Aufgabe bewußt und dennoch viel zu optimistisch in Bezug auf die Lernbereitschaft, Toleranz und Kompro-

mißfähigkeit der Beteiligten. **Nach einem halben Jahr ist für mich die Vertrauens- und Verständigungsgrundlage für eine gemeinsame Arbeit im gewählten Vorstand zerstört.** Zwingend notwendige Entscheidungen über die Zukunft der Einrichtung werden nicht mehr allein im Verein getroffen werden können.

### **Zur Geschichte und Vorgeschichte des gegenwärtigen Konfliktes**

Mit dem unblutigen Zusammenbruch des DDR-Systems erwuchs die Aufgabe, vierzig Jahre Diktaturgeschichte und damit zugleich Geschichte des östlichen Systems insgesamt aufzuarbeiten, die Interessen der zahllosen

Opfer und Geschädigten zu vertreten, Widerstand und Opposition unter den Bedingungen der Diktatur zu wüchigen. Dieser Aufgabe stellte sich ein großer Teil der jüngeren DDR-Oppositionellen und Bürgerbewegten als Teil ihrer eigenen Geschichte. Mit noch größerem Recht und Anspruch drängten aber die früheren Opfer der kommunistischen Diktatur und die Widerständler der ersten Diktaturjahrzehnte auf eine konsequente Auseinandersetzung mit belasteter Vergangenheit, auf die Bestrafung der Schuldigen und die Entschädigung der Opfer.

Zu den in diesem Bereich tätigen Verbänden, Vereinen und Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland kamen nach 1989 zahlreiche weitere Gründungen von Organisationen und Einrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dazu. Sie mußten gegenüber einer zögernden und eher ablehnenden offiziellen Politik um ihre Existenzberechtigung und materielle Grundlage kämpfen. Zugleich zeigte sich im Laufe der ersten Vereinigungsjahre die Vielzahl der inneren Schwierigkeiten und Probleme, mit denen diese Arbeit inhaltlich zu rechnen hatte.

Wie sollten und konnten die weit auseinanderliegenden Erfahrungen, Mentalitäten und politischen Positionen der verschiedenen Generationen von Opfern und Oppositionellen für einander fruchtbar werden? Wie konnten sich »Opferverbände«, Aufarbeitungsinitiativen und wissenschaftliche Einrichtungen zur Wahrnehmung gemeinsamer Rahmenziele verbinden? Wie konnten Bürgerbewegungs- und Oppositionserfahrungen-Ost mit lange existierenden Organisations- und Verbands erfahrungen-West verbunden werden?

Für all das gab es keine Rezepte und die immer vorhandenen institutionellen Beharrungskräfte, individuellen Eitelkeiten und Profilneurosen sorgten neben allen äußeren Schwierigkeiten dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Gute Arbeit, Kooperation und eine in Ansätzen gemeinsame Interessenvertretung nach außen wurden dadurch möglich, daß Toleranz, Integrationsbemühen und der Versuch des Brückenschlags zwischen sehr verschiedenen Erfahrungen, Mentalitäten und Positionen immer wieder gewagt wurden.

Dieser Ziele, aber auch dieser Probleme, waren sich die Gründungsmitglieder und Förderer der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus bereits bewußt, als sie sich Ende 1990 als Verein konstituierten. Es galt, ein Dach zu bauen, unter dem sich eine Vielzahl von Opfergruppen, von Widerständlern, von Geschichtsinteressierten zusammenfinden konnten, wo Beratung, Austausch und menschliches Mitgefühl die Atmosphäre bestimmten und konstruktive Sacharbeit möglich war. Im Zentrum dieser Aufbauarbeit stand als Initiatorin und erste Leiterin der Einrichtung Ursula Popiolek, deren Energie und Engagement den verschiedensten Leuten Respekt abnötigte und die auch inhaltlich für die Ziele dieser Arbeit einzustehen schien. Bekannte Oppositionelle und Bürgerrechtler wie Katja Havemann, Bärbel Bohley und Jürgen Fuchs gehörten ebenso zum Förderer- und Unterstützerkreis, wie Wolfgang Leonhard, Karl Wilhelm Fricke und viele unbekanntere Personen. Die Organisationen der Bürgerbewegung, allen voran das NEUE FORUM, unterstützten die Gründung ebenso wie die Böll-Stiftung und zahlreiche Einzelpersonen. Damit war die Breite des inhaltlichen und politischen Spektrums abgesteckt, in dem sich diese Einrichtung nach dem Willen der Mitbegründer und Förderer bewegen sollte. Eine einseitige Dominanz linker, liberaler oder konservativer Positio-

nen sollte ebenso ausgeschlossen werden, wie die ausschließliche Fixierung auf bestimmte Opfergruppen oder Generationen.

Das Land Berlin und seine institutionellen Vertreter vertrauten auf die zahlreichen Unterstützungsvoten und die erklärte Absicht des Fördervereins, in diesem Sinne tätig zu sein und nahmen die Gedenkbibliothek in die ständige institutionelle Förderung auf. Mit solchen Startbedingungen hatte die Gedenkbibliothek gute Chancen, ein Forum für Austausch, Zuspruch und konstruktiven Streit zu sein und in den ersten Jahren nach ihrer Gründung gab es auch wenig, was auf die spätere unerträgliche Entwicklung hinwies.

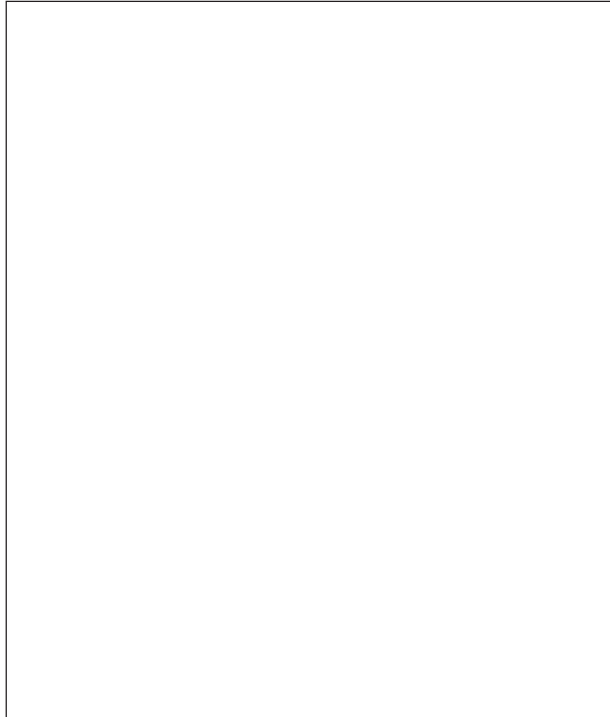
Einer breiteren Öffentlichkeit wurden die lange herangereiften Konflikte, internen Zerrüttungen und Zerwürfnisse erst bewußt, als die »Affäre Pietzner« um die Jahreswende 1994/95 für Schlagzeilen sorgte. Leider waren die Art der Angriffe und der Presseberichterstattung nicht dazu angetan, den für zahlreiche Beteiligte und Eingeweihte längst sichtbaren eigentlichen Konflikt verständlich zu machen. Die im Vordergrund stehenden Fragen nach der Haftentschädigung für eine KZ-Aufseherin und die Annahme hoher Geldgeschenke aus der Haftentschädigung durch die Bibliotheksleiterin Popiolek waren brisant genug, griffen aber für das Gesamtproblem zu kurz.

Es ging bereits in diesem Konflikt **im Kern** um das Verständnis der gesellschaftlichen und politischen Aufgaben einer Einrichtung wie der Gedenkbibliothek, es ging um die menschliche und sachliche Befähigung zur Wahrnehmung verantwortungsvoller und sensibler Aufgaben an einem solchen Ort. Ein ehrenamtlicher und mit Prominenten besetzter Vorstand, der schon aus Zeitnot der Beteiligten nie wirklich arbeitsfähig wurde und eine ehrgeizige, energiegeladene hauptamtliche Bibliotheksleiterin, die zugleich Geschäftsführerin und entscheidendes Vorstandsmitglied war und damit alle Entscheidungen an sich zog, waren für unproblematische Zeiten scheinbar miteinander verträglich. In Phasen immer stärkerer Konflikte mußten sie aneinander scheitern. Charakterliche Eigenschaften und Dispositionen von Frau Popiolek, die ihren tatsächlichen positiven Leistungen und Qualitäten entgegenstanden, ihre Intoleranz, Dominanzsucht und intellektuelle Enge, ihr unsensibler und unkritischer Umgang mit komplizierten Täter-Opfer Biographien in der deutschen Diktaturgeschichte, traten immer stärker hervor und ließen die Gefahr einer zunehmenden politischen Enge innerhalb der Einrichtung wachsen. Ein vielfältiges, plurales Programmangebot nach außen und ein Kranz bekannter Namen, mit dem sich Frau Popiolek bei jeder Gelegenheit »schmückte«, konnten für geraume Zeit den öffentlichen Eindruck erhalten, daß mit dieser Einrichtung alles zum Besten bestellt sei. Intern tanzte die Geschäftsführerin dem Vorstand auf der Nase herum, traf auch die heikelsten Entscheidungen oft ohne Absprache und ignorierte kritische Einwände und Anfragen. Wer diese Einwände und Kritiken aufrecht erhielt, avancierte für sie zum »Feind« und wurde auch für den Popiolek-Anhängerkreis automatisch dazu.

Das Sortieren in Anhänger und Gegner setzte sich in den letzten Monaten immer neurotischer durch und ein »Sind Sie für oder gegen mich?« wurde zur ebenso unver-schämten wie bornierten Standardfrage innerhalb der Bibliothek. Bereits in der Auseinandersetzung um die SS-Mitgliedschaft und KZ-Aufseherinnentätigkeit von Frau Pietzner, um die Unterstützung ihres Entschädigungs-

antrages und die Annahme hoher Geldgeschenke sowie im Konflikt mit dem alten Vorstand wurden mehrere gravierende Probleme in der Tätigkeit und im Auftreten Frau Popiolek und damit der Gedenkbibliothek deutlich, die nach Konsequenzen verlangten:

- Trotz jahrelangen engen persönlichen Kontaktes zu Frau Pietzner, Kenntnis ihrer Äußerungen und Schriften, trotz der zahlreichen Warnungen ehemaliger Mithäftlinge, was die Glaubwürdigkeit der älteren Frau betraf, hielt Frau Popiolek bis zuletzt völlig unbelehrbar an einer



EXTRA MAGAZIN, Heft 17, 18.4.1991, Seite 8

bestimmten Darstellung von deren Geschichte fest, in der die NS-Vergangenheit überhaupt nicht verarbeitet war. Ob es hier um Naivität, Blindheit oder wirkliche politische Enge der Bibliotheksleiterin ging, ein solcher Umgang mit Täter-Opfer Biographien ließ die eigene Verantwortung eklatant vermissen. Die Tätigkeit in der Gedenkbibliothek als einem Ort für Opfer und Geschädigte setzt **Verständnis** für die Situation dieser Menschen voraus, verbietet aber die **unkritische Identifikation** mit den problematischen Teilen bestimmter Biographien.

- Im gesamten Verhalten zum alten Vorstand - was auch immer dessen Fehler und Versäumnisse waren - ließ Frau Popiolek von ihrer Seite ebenfalls jede Verantwortung vermissen. Die Identifikation mit »ihrer Einrichtung«, die völlig verwischte Trennung von wirklich privaten Dingen und Entscheidungen und ihrer öffentlichen Verantwortung führte dazu, daß ein Großteil der Kommunikation innerhalb der Bibliothek (Gespräche, Kontakte, Telefonverkehr, Schriftverkehr) nur noch auf sie fixiert war und daß die Grenzen »privater« Entscheidungen, wie der Annahme hoher Geldgeschenke, so gezogen wurden, daß der Vorstand nie darüber informiert war, auch dann nicht, als der Konflikt schon kurz vor seinem Ausbruch stand.

- Bereits in dieser Zeit gab es kritische und empörte Anfragen von Journalisten, Besuchern und Freunden der Bibliothek, die den unsensiblen, autoritären und inakzeptablen Umgang Frau Popioleks mit kritischer (unsachli-

cher) Berichterstattung, unbequemen Besucheranfragen und Meinungsäußerungen zurückwies. »Hausverbote« und Konfrontationen traten an die Stelle sachlichen und souveränen Umgangs mit Kritik und unbequemen Angriffen. Über diese Fragen kam es auch zum Dauerkonflikt mit der Mitarbeiterin Frau Gissler, die schließlich entnervt kündigte.

Innerhalb und außerhalb des Vereins wurde der Konflikt heftig diskutiert. Es gab zahlreiche Gespräche mit Frau Popiolek, in denen sie von ihrer Haltung, lediglich ein verfolgtes Opfer rachedurstiger Linker zu sein, kaum millimeterbreit abzubringen war. Zu den notwendigen Konsequenzen aus dem Konflikt zeichneten sich zum Schluß mehrere Haltungen ab:

- Ein Teil der Vereinsmitglieder, am deutlichsten die Mitglieder des alten Vorstandes Jürgen Fuchs, Bärbel Bohley, aber auch andere Bürgerrechtler und Engagierte und große Teile der Öffentlichkeit, empfanden das interne Verhalten und öffentliche Auftreten Frau Popioleks als so skandalös und unverantwortlich, daß sie ihre Entlassung oder die Schließung der Einrichtung forderten. Illoyalität gegenüber dem Vorstand, Verletzung elementarer Informationspflichten und gezielte Bereicherung gehörten zu den schwersten Vorwürfen. Von dieser Seite wurde auch die Befürchtung zunehmender rechtskonservativer Einseitigkeit und der Verdacht der Unterwanderung der Gedenkbibliothek durch Psychosekte wie die VPM (Verein für psychologische Menschenführung) immer dringlicher geäußert.

- Ein größerer Teil des Vereins, der mittlerweile auf den verschiedenen Seiten durch Familienmitglieder »aufgefüllt« worden war, hielt den gesamten Konflikt nur für eine linke Intrige, konnte in Frau Popioleks Handlungen und Verhalten kaum Probleme entdecken und wollte sie und die Einrichtung ohne Veränderungen behalten und erhalten.

- Ein weiterer Teil der Beteiligten innerhalb und außerhalb der Gedenkbibliothek, zu dem auch ich gehörte, sah die gravierenden Probleme in ihrem Verhalten und den politischen Hintergrund des Konflikts, hoffte aber durch Kraft der Argumente, Kompromißfähigkeit und Einsicht der Beteiligten einen Weg zu finden, der die Gedenkbibliothek **mit** Frau Popiolek erhält und es dennoch möglich macht, ihr einen großen Teil der Verantwortung zu nehmen und der drohenden Enge entgegenzusteuern.

Unter diesen Vorzeichen kam es zur Vorstandswahl im Januar 1995.

## Die letzte Entwicklung in Vorstand und Verein

Als die bekannte Bürgerrechtlerin Angelika Barbe, die ihre kritische Distanz zu Frau Popiolek unverhohlen ausdrückte und ihre Abberufung forderte, nicht in den Vorstand gewählt wurde, sondern neben dem Juristen und Ex-Häftling Holm Schöne zwei bis dahin weitgehend unbekannte Mitglieder kandidierten und spontane Unterstützung bekamen, wuchs bei vielen die Skepsis in Bezug auf wirkliche Veränderungen und Konsequenzen. Immerhin setzten die Mitglieder und der neue Vorstand mit Satzungsänderungen und Beschlüssen durch, daß die politische Verantwortung vom Vorstand ohne Frau Popiolek wahrgenommen werden konnte und ihr die Geschäftsführung entzogen wurde.

Strittig innerhalb des Vorstandes war aber von Beginn an, was das Ziel und die eigentliche Konsequenz dieser

Veränderungen sein mußten. Für mich waren die bisherigen Erfahrungen mit der Konfliktentwicklung und mit der Unfähigkeit Frau Popiolek, Kritik rational zu verarbeiten, ein Alarmzeichen und ich konnte mir ihre Weiterarbeit nur dann vorstellen, wenn sie eindeutig bereit war selbst Konsequenzen zu ziehen, auf politische Privatkriege, Intrigen, Ausgrenzungen zu verzichten und das eigene Gewicht innerhalb der Bibliothek zugunsten anderer Mitarbeiter zurückzunehmen.

Formal stimmten wir im Vorstand darin zunächst überein, merkten aber in jeder inhaltlichen Diskussion, wieviel uns trennte. Alles, was mich alarmierte und störte, das hysterische Festhalten an Verschwörungslegenden, das Freund-Feind-Sortieren, der Weggang kritischer, aber für die Arbeit eigentlich unverzichtbarer Mitglieder, Freunde und Förderer wurde von den anderen Vorstandsmitgliedern entweder ignoriert, lediglich als Folge des Konflikts gesehen oder als zweitrangig eingestuft.

Als es gelang, Herrn Kuo für die nach dem Konflikt ausgesprochen undankbare und widrige Aufgabe der politischen Schadensbegrenzung zu gewinnen und er vom Vorstand als Presse- und Öffentlichkeitsreferent der Gedenkbibliothek akzeptiert wurde, war ich immer noch optimistisch. Seine Gesprächsbereitschaft und -fähigkeit zu den verschiedensten Leuten stand außer Frage. Er legte einen neuen Veranstaltungs- und Aktivitätenplan vor, gewann Referenten und Diskutanten für die Bibliothek, die ihr bereits sehr kritisch gegenüberstanden, nahm den Kontakt zu anderen Vereinen und Verbänden wahr und bemühte sich, die Wogen zu glätten. Der Stellenwert und die Schwierigkeit dieser Aufgabe, in der die Bibliothek längerfristig wieder zum akzeptierten und angesehenen Teil einer seriösen und pluralistischen Vergangenheitsarbeit werden konnte und die alte Breite der Unterstützer zurückgewänne, wurden innerhalb der Stammhörer und im größten Teil des Vorstands weder begriffen, noch wurde Herr Kuo dabei unterstützt.

Durch formale Einstufungsprobleme und die mangelnde Bereitschaft der Vorstandsmitglieder gelang es nicht, die vollständige Rückstufung Frau Popiolek zur bibliothekarischen Kraft durchzusetzen, so daß sie sich weiter in der Rolle der eigentlichen Kraft innerhalb der Einrichtung sah und Herrn Kuo eher als Konkurrenten denn als wirklichen Partner betrachtete, über den die Veränderungen laufen mußten.

Die vom Vorstand verhängten Auflagen und Ermahnungen, sich jeder eigenen politischen Aktivitäten, aller Angriffe auf einzelne Personen und jeglicher Lobbyarbeit zu enthalten, wurden von ihr nie befolgt und eingehalten. Ihre Dauerpräsenz auf diversen Veranstaltungen, das private und auch im Rahmen und in den Räumen der Bibliothek unablässig vorgenommene Bearbeiten von »Verbündeten und Feinden« wurden durch die tatsächlich schwierige Situation nach den Brandanschlägen noch verschärft. In dieser Belastungszeit fanden sich zahlreiche Unterstützer und Freunde, die ihr und ihrer Familie zur Seite standen und sie gegen unberechtigte Angriffe schützten.

Auf der anderen Seite häuften sich im Frühjahr erneut die Anfragen und Interventionen von verunsicherten, frustrierten und enttäuschten Mitgliedern, Freunden und Unterstützern der Bibliothek, die auf eine wirkliche Veränderung gesetzt hatten und das Gegenteil erlebten. Bärbel Bohley und Jürgen Fuchs wurden nur noch als Feindgestalten gehandelt, Hans Schwenke mußte intervenieren, weil Frau Popiolek über politische Kanäle seine

Arbeit zu sabotieren suchte, Angelika Barbe sah sich ebenfalls diffamierenden Angriffen ausgesetzt. Als Freya Klier während einer Lesung über NS-Opfer von Mitgliedern und Dauerhörern der Gedenkbibliothek attackiert wurde, brach sie alle Kontakte zur Gedenkbibliothek ab. Die Beispiele lasen sich vervielfachen.

Rainer Eckert konnte es als Mitglied des unabhängigen Historikerverbandes nicht mehr verantworten, daß Frau Popiolek über alle anderen Probleme hinaus auch noch die unsägliche Opferzahldiskussion beim Holocaust begrüßte und verließ die Gedenkbibliothek. Immer deutlicher zeichnete sich ab, daß in einem Klima der Personifizierung, Unduldsamkeit und menschlichen Enge auch die Werte politischer Toleranz und eines durchgehaltenen Pluralismus verlorengehen mußten. Der Begriff »Links« avancierte innerhalb der Bibliothek zunehmend zum Schimpfwort, »Rechts« eher zur Normalität. Eine Reihe von Mitgliedern, die allesamt nicht dem traditionell linken Spektrum angehörten, begründeten ihren Austritt und Rückzug mit diesen Veränderungen und Überlagerungen. So schrieb Frau Wenzel als Gründungsmitglied des Fördervereins, daß für sie »von dem ursprünglichen Profil und Selbstverständnis der Bibliothek nichts mehr erhalten ist.« Mit rücksichtsloser Durchsetzung des Hausrechts und großer Engstirnigkeit würde Frau Popiolek nach wie vor agieren, keinerlei Einsicht in den eigenen großen Schuldanteil haben, nur von Verschwörungstheorien leben und so einem politischen Klima den Weg bahnen, das vom »massiven Ausgrenzungsdruck gegen das gesamte liberale bis linke Meinungsspektrum« lebe.

Michael Stognienko faßte in seiner Erklärung zusammen: »Ein antitotalitärer Konsens zwischen oft widerstreitenden politischen Individuen in der Demokratie ist aber ohne Vertrauen nicht lebbar.« Langjährige Unterstützer und Förderer wie Dr. Klaus Peter Schulz äußerten ihr Entsetzen und Befremden.

Nicht alle kritischen Mitglieder und Unterstützer der Bibliothek zogen sofort diese Konsequenz. Ein erheblicher Teil setzte immer noch auf Einsichtsfähigkeit und die erneute Öffnung der Einrichtung. Mit dieser Aufgabe mühte sich permanent Herr Kuo. Angesichts eines zögerlichen und in der Sache immer uneinigern Vorstandes, dem die Formalia über den Kopf wuchsen und der sich nicht zu eindeutigen inhaltlichen Konsequenzen und Maßgaben durchringen konnte, angesichts des Verhaltens von Frau Popiolek, die gar nicht daran dachte, ihren angestammten Platz zu räumen und sich selbst an der dringend nötigen Öffnung zu beteiligen, sondern alle Bemühungen darum sabotierte, mußte er das Gefühl haben, allein in die Schlangengrube gefallen zu sein. Auch er mußte merken, daß es im Vorstand über das Gewicht der Konflikte und die Tragweite und Konsequenz notwendiger Veränderungen ständige Gegensätze gab. Frau Popiolek nutzte diese Differenzen und Gegensätze im Vorstand routiniert, um einzelne Vorstandsmitglieder individuell zu bearbeiten und ihre Freund-Feind-Schemata aktuell zu erhalten. Von der Ebene des Berliner Abgeordnetenhauses bis zu internationalen Persönlichkeiten, von den Vereins- und Verbandsvorsitzenden bis in die Parteien hinein, suchte sie eine eigene Einflußarbeit zu organisieren.

## Erneute Eskalation

Die letztgeschilderten Konflikte, Interventionen und Anfragen beschäftigten in Telefonaten, individuellen Ge-

sprächen, Rückfragen und eigenen Sitzungen den Vorstand zum Schluß nahezu permanent. Eine Verständigung wurde immer schwieriger, weil die Einschätzungen immer weiter auseinandergingen. Die Trennung formaler und inhaltlicher Fragen, Kompetenzbestimmungen und -abgrenzungen erschwerte und blockierte die Diskussion zusätzlich. Wenn Frau Popiolek über ihr Verhalten und ihre Aktivitäten zur Rede gestellt wurde, stritt sie entweder alles ab, witterte neue linke Attacken oder bagatellierte alle Probleme. Herr Kuo mußte sich in seiner Öffent-

Herrn Kuos Intervention wegen des unverantwortlichen Umgangs mit NS-Literatur und problematischen Manuskripten führte erneut auf die alten, unaufgearbeiteten Probleme der Gedenkbibliothek im Zusammenhang mit Frau Pietzner, anderen Täter-Opfer-Biographien und der NS-Zeit überhaupt, zurück. Wenn in Manuskripten, schriftlichen und mündlichen Erinnerungen die NS-Zeit unkritisch und verklärend dargestellt wird, kann nicht das subjektive Recht der Erinnernden dazu der Maßstab heutigen Umgangs sein. Wenn in antikommunistischen und



Gedenkbibliothek, Raum oben mit Besucher (Mitte unten Ursula Popiolek, Mitte oben Siegmur Faust), 3.12.1991

lichkeitsarbeit und seinem Bemühen um verlorengegangene Unterstützer und kritische Freunde total blockiert fühlen und wurde vom innersten Kreis der Bibliothekshörer und Popiolekfreunde als Fremdkörper und Eindringling wahrgenommen. Nur so läßt sich der zunehmend verunsicherte und auch gereizte Ton seiner letzten Anfragen und Interventionen an den Vorstand erklären. Den einzelnen Vorstandsmitgliedern waren seine Kritikpunkte an Frau Popiolek - die permanente Beschimpfung von Kritikern, Bürgerrechtlern und Außenstehenden, die politischen Machinationen und der fortgesetzte Lobbyismus, die Behinderung einer positiven inhaltlichen Arbeit, das Intrigantentum, die Kompetenzüberschreitungen und das unkollegiale Verhalten - hinreichend bekannt, bevor es zur letzten Zuspitzung kam. Herr Kuos Verweis auf die NS-Literatur innerhalb der Bibliothek und den verantwortungslosen Umgang mit ausgesprochen problematischen Manuskripten sowie seine Information einzelner Vereins- und Verbandsverantwortlicher über die Zustände in der Bibliothek erfolgten Anfang Juli, also zu einem Zeitpunkt, an dem alle anderen bisher genannten Problem- und Konfliktpunkte ohne Ergebnis mehrfach strittig im Vorstand diskutiert waren.

antibolschewistischen Kampfschriften Adolf Hitler als Verbündeter und die deutschen Nazis als Welterlöser gefeiert werden, geht es eindeutig um NS-Literatur, deren **empfehlende Weitergabe** an strafrechtliche Grenzen stößt.

Tonart und eine Reihe subjektiver Argumente in den letzten Interventionen Herr Kuos waren zu kritisieren; erstrangige Aufgabe eines politischen Vorstandes hätte es dennoch sein müssen, den Sachgehalt der neuen schwerwiegenden Vorwürfe und längst vorliegender Kritiken, Interventionen und Anschuldigungen zu prüfen. Es kam jedoch anders. Drei Mitglieder des Vorstandes sprachen am Freitag, dem 14. Juli, in einer kurzfristig anberaumten Sitzung, an der ich aus zwingenden Gründen nicht teilnehmen konnte, ohne mein Vorwissen und meine Beteiligung - aus dem Stand - die Kündigung gegen Herr Kuo aus und gingen mit einer skandalösen Erklärung dazu an die Öffentlichkeit. Herr Kuos Verhalten und seine Kritik wurden mit körperlichen und seelischen Schäden in Folge langjähriger Haft in DDR-Zuchthäusern begründet und seine Vorwürfe auf böartige und ehrenrührige Behauptungen über eine verdiente Mitarbeiterin reduziert. Von der sachlichen Berechtigung oder notwendigen Prüfung

zahlreicher Vorwürfe ist in den Stellungnahmen des Vorstandes kein Wort zu finden.

Mit diesem Vorgehen war für mich die Vertrauensgrundlage innerhalb des Vorstandes zerstört und eine weitere normale Zusammenarbeit unmöglich geworden. Ich hob als Vorstandsvorsitzender die inhaltlich und formal inakzeptable Kündigung auf und kündigte meinerseits Konsequenzen an. Seither ist die Situation von Tag zu Tag unerträglicher und skandalöser geworden. Auf meinem Dienstschreibtisch im Haus am Checkpoint-Charlie häufen sich täglich neue Faxstapel, rund um die Uhr reißen die telefonischen Anfragen und Interventionen nicht ab und die Presseschlagzeilen nehmen kein Ende. In die Untersuchung über rechtsextremistische Literatur haben sich der Staatsschutz und die Staatsanwaltschaft I beim Berliner Landgericht eingeschaltet und Rechtsanwälte sind in der Kündigungsfrage tätig. National und international wächst die Beunruhigung über einen Ort, an dem derartiges möglich ist.

## Unerläßliche Konsequenzen

Der Versuch, die inhaltlichen und politischen Probleme in der Arbeit der Gedenkbibliothek gemeinsam mit der ehemaligen Geschäftsführerin zu lösen, ist gescheitert. Kritiker und Skeptiker, die bereits vor Monaten für die notwendige Trennung von Frau Popiolek plädierten, haben Recht behalten. Entgegen aller Fixierung auf einzelne Personen und bei allem Bemühen, den derzeitigen Konflikt erneut auf einen Personenstreit zu reduzieren, geht es hier um Grundfragen politischer Kultur und Verantwortung, um politische Grundsatzkonflikte besonderer Art.

Toleranz, Öffnungsbereitschaft und Integrationsbemühen, politische Sensibilität und Differenzierungsfähigkeit sind unerläßliche Voraussetzungen der verantwortlichen Arbeit in einer derartigen Einrichtung. Sie können von Personen mit linkem, liberalem oder konservativem Vorzeichen gleichermaßen aufgebracht werden und machen dann eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Positionen möglich und fruchtbar. Fehlen diese Eigenschaften und Qualitäten so einschneidend wie bei Frau Popiolek und zahlreichen ihrer unkritischen Anhänger, die hinter ihr stehen, setzen sich Einseitigkeit, Ausgrenzungsbestreben und eine unerträgliche politische Enge durch. Mit dieser Entwicklung sind wir konfrontiert.

Das so deutliche Fehlen politischer Kultur und Ausgewogenheit hat auch den Boden für eine **gefährliche Verengung des politischen Spektrums und eine Neuauflage alter politischer Ausgrenzungsbestrebungen** bereitet. Einen hartgesottenen aber qualifizierten Antikommunisten wie Herrn Kuo erreichen nächtliche Telefonanrufe, in denen ihn anonyme Frauenstimmen als »rote Sau« titulieren und er rassistischen Beschimpfungen ausgesetzt wird; in einzelnen Stellungnahmen und Interviews ist von der Gedenkbibliothek als künftig »rechter« Einrichtung die Rede; NS-Literatur und Manuskripte, in denen die NS-Zeit völlig unverarbeitet dargestellt wird, werden allem Anschein nach **empfehlend weitergegeben** oder zur Veröffentlichung empfohlen. Damit ist die Grenze jeder Verantwortung längst überschritten.

Was von den schwerwiegendsten Vorwürfen sich auch noch bestätigt oder noch ausräumen läßt, sicher ist, daß Frau Popiolek in ihrer zunehmenden Linkenhysterie nur noch Präferenzen für die andere Seite des politischen Spektrums entwickelt und damit ihr menschliches und

persönliches Problem in einen politischen Grundsatzkonflikt münden läßt. Mir und anderen Bürgerrechtlern sind keine übertriebenen Sympathien für die organisierte Linke nachzusagen, aber ich weigere mich strikt, eine politische Blindheit gegen die andere einzutauschen.

**Die Entbindung Frau Popioleks von ihrer Aufgabe und wesentliche Veränderungen in der Gedenkbibliothek sind aus mehreren Gründen zwingend erforderlich:**

- Die zur Zeit noch oder wieder amtierende Leiterin der Gedenkbibliothek hat - in Anrechnung aller ihrer Verdienste - in den Konflikten und Auseinandersetzungen der letzten Monate jede Bereitschaft und jede Fähigkeit zur Abstellung oder Veränderung eigener schwerwiegender Fehler und Fehlleistungen vermissen lassen. In ständiger Überschreitung ihrer Kompetenzen und in permanenter Mißachtung von Ratschlägen, Ermahnungen und Kritiken sabotierte sie durch politische Privatinterventionen und Intrigen notwendige Veränderungen und eine wirkliche Neuorientierung der Arbeit. Sie trug entscheidend mit dazu bei, daß sich der Mitglieder- und Unterstützerkreis der Einrichtung dramatisch einengte und die ursprünglichen Gründungsziele nicht mehr verfolgt werden.

- Durch den vorgelagerten Personenkonflikt und den gezielten und organisierten Versuch rechtskonservativer Kräfte, eine vermeintliche oder tatsächliche Dominanz linker Kräfte in anderen Bereichen der Vergangenheitsarbeit »aufzufangen«, haben sich die politischen Gewichte innerhalb der Gedenkbibliothek und in ihrer unmittelbaren Nähe einseitig verschoben und das Spektrum von Unterstützern unerträglich verengt. Die politische Legitimität konservativer Positionen und die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer demokratischen Rechten dürfen nicht dazu führen, daß diese Bibliothek mit einer eindeutig »rechten Schlagseite« fortexistiert.

- Die Mehrheit des Vorstandes hat sich durch ihre letzten Handlungen und Unterlassungen derart disqualifiziert und verantwortungslos verhalten, daß es für eine normale Bearbeitung des Konflikts innerhalb dieses Gremiums keine Möglichkeit mehr gibt. Die einseitige, unbegründete und illegitime Kündigung des Pressereferenten wurde nicht aufgehoben sondern noch einmal wiederholt; mit einer absurden satzungsrechtlichen Begründung wurde versucht, Frau Popiolek in ihre alte ungeteilte Verantwortung zurückzusetzen; die Weigerung, sich der inhaltlichen Fragen auch nur anzunehmen, wird mit jeder neuen Stellungnahme des Teilvorstandes deutlicher.

Eine weitere Mitgliederversammlung ist erst nach Klärung der aktuellen vereinsrechtlichen Kontroversen und dem Ende der Urlaubszeit möglich und sinnvoll und muß gut vorbereitet werden. Bereits jetzt ist nach meiner Einschätzung die weitere Gewährung öffentlicher Fördermittel nicht mehr zu verantworten. Eine Umstrukturierung des Vereins oder die Gewinnung eines anderen Trägers für die Einrichtung stehen als weitere Alternativen.